

INHALTSVERZEICHNIS

1. Teil: Einleitung	1
1. Abschnitt: Die Aufgaben in der staatsanwaltlichen Assessorklausur	1
2. Abschnitt: Ermittlung der Aufgabe	2
A. Aktenvollständigkeit	2
B. Bearbeitervermerk	2
C. Lückenlose Aktenkenntnis	3
D. Feststellung des formell Beschuldigten	3
E. Strukturierung des Sachverhalts und Gewichtung	4
I. Bildung von Tatkomplexen	4
II. Reihenfolge der Prüfung der Tatbeteiligten	5
III. Vorauswahl der Strafgesetze	5
IV. Reihenfolge der Deliktsprüfung	5
2. Teil: Das Gutachten	7
1. Abschnitt: Der materielle Teil des Gutachtens (A-Gutachten)	7
A. Der hinreichende Tatverdacht, § 170 Abs. 1 StPO	7
I. Einleitungssatz	7
II. Deliktsbezogene Verfolgungsvoraussetzungen und -hindernisse	8
1. Strafantrag oder besonderes öffentliches Verfolgungsinteresse	8
a) Strafantrag	8
aa) Antragsbedürftigkeit des jeweiligen Delikts	9
bb) Vorliegen eines Strafantrages	9
cc) Antragsberechtigung	9
dd) Form und Frist	10
b) Bejahung des besonderen öffentlichen Strafverfolgungsinteresses	11
2. Verjährung	12
a) Ermittlung der Verjährungsfrist	12
b) Verjährungsbeginn	12
c) Verschiebung des Verjährungseintritts unter Berücksichtigung von Ruhen oder Unterbrechung der Verjährung	12
3. Strafklageverbrauch und sonstige Fälle von Sperrwirkung für erneute Strafverfolgung	13
a) Sperrwirkungsfähige Entscheidungen	14
aa) Umfassende Sperrwirkung	14
bb) Sperrwirkung nur für erneute Verfolgung der Tat als Vergehen	14

cc) Erneute Strafverfolgung schon bei Vorliegen neuer Tatsachen oder Beweismittel (sog. „nova“)	14
dd) Keine Einschränkung für erneute Strafverfolgung	15
b) Persönliche Reichweite der Sperrwirkung	15
c) Prozessuale Tatidentität	15
4. Die wichtigsten sonstigen Verfahrenshindernisse	17
III. Die materiell-rechtliche Prüfung der einzelnen Deliktsmerkmale	17
1. Allgemeine Regeln	18
2. Streitstände in Assessorklausuren	18
IV. Beweisbarkeit der einzelnen Deliktsmerkmale	19
1. Beweisbedürftige Tatsache	20
2. Beweismittel	21
a) Arten	21
b) Unmittelbarkeitsgrundsatz und Ersetzungsverbot in der StA-Assessorklausur	22
3. Beweisverbote	23
a) Systematik	23
aa) Arten von Beweisverboten	23
bb) Rechtsgrundlagen	23
cc) Reichweite	24
dd) Widerspruch des Beschuldigten	24
b) Beweisverwertungsfragen in StA-Assessorklausuren	25
aa) Spezielle Beweiserhebungs- und Verwertungsverbote gegenüber zeugnisverweigerungsberechtigten Personen	25
bb) Verwertungsverbote im Zusammenhang mit Zwangs- mitteln	25
cc) Verwertungsverbote von Äußerungen Beschuldigter	30
dd) Verwertungsverbote bei Zeugenaussagen	35
ee) Verbot negativer Schlüsse	37
4. Beweiswürdigung	39
a) Kurze Beweiswürdigungen	40
b) Komplexe Beweiswürdigungen	41
aa) Einzelbewertung	41
bb) Gesamtbewertung	44
5. Die strafrechtlichen Zweifelsregeln	47
a) In dubio pro reo	47
b) Tatsachenalternativität	48

c) Postpendenz	49
d) Wahlfeststellung	50
V. Konkurrenzen und Ergebnis der materiellen Prüfung	51
B. Für die Abschlussverfügung relevanten Rechtsfolgen der Tat.....	51
I. Entziehung der Fahrerlaubnis und Fahrverbot	52
II. Einziehung gemäß §§ 74 ff. StGB	53
III. Verfall gemäß §§ 73 ff. StGB	55
2. Abschnitt: Das verfahrensrechtliche Gutachten (B-Gutachten)	55
I. Einstellung nach § 154 f StPO	56
II. (Teil-)Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO	58
1. Selbstständige prozessuale Tat	58
a) Kein hinreichender Tatverdacht für einzelne Delikte derselben prozessualen Tat	58
b) Kein hinreichender Tatverdacht für eine prozessuale Tat insgesamt	59
2. Einstellungsbescheid und Rechtsmittelbelehrung, § 171 StPO	59
3. Einstellungsnachricht	60
4. Belehrung nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG)	60
5. Aufhebung noch nicht erledigter Zwangsmaßnahmen	61
6. Besonderheiten im Rahmen der (Teil-)Einstellung bei Privatklagedelikten, § 170 Abs. 2 StPO	61
a) Ausschließlich Privatklagedelikte	61
b) Privatklagedelikte und Officialdelikte in einer prozessualen Tat	62
c) Privatklagedelikte und Officialdelikte ohne Verletzten- eigenschaft in einer prozessualen Tat	63
d) Mehrere prozessuale Taten	63
III. Anklage	64
1. Bejahung des besonderen öffentlichen Verfolgungsinteresses bei fehlendem Strafantrag	64
2. Bestimmung des zuständigen Gerichts	65
a) Sachliche Zuständigkeit	65
b) Örtliche Zuständigkeit	67
3. Beiordnung eines Pflichtverteidigers	68
4. Haftanträge	69
a) Antrag auf Erlass eines Haftbefehls gegen noch nicht inhaftierte Beschuldigte nach § 112 StPO	69
b) Anordnung der Fortdauer der Untersuchungshaft (§ 207 Abs. 4 StPO)	70

5. Mitteilungen nach der MiStra	70
6. Fristen	71
3. Teil: Die Entschließung der Staatsanwaltschaft	72
1. Abschnitt: Die Abschlussverfügung	72
A. Funktionen und Inhalt staatsanwaltschaftlicher Verfügungen.....	72
I. Formale Erfordernisse	72
II. Verfügungsinhalte	72
1. Vermerke	72
2. Entscheidungen	72
3. Benachrichtigungen und Mitteilungen	72
4. Anordnungen	73
5. Bescheide und Schreiben	73
B. Inhalt und Form.....	73
I. Einstellungsverfügung und -bescheid bei einer Einstellung nach § 154 f StPO	73
II. Einstellungsverfügung und -bescheid bei einer Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO	74
1. Einstellungsverfügung und -bescheid in Norddeutschland	75
2. Einstellungsverfügung und -bescheid in Bayern und Baden-Württemberg	76
C. Verfügung bei Erhebung der öffentlichen Klage (Begleitverfügung)	78
I. Inhalt der Begleitverfügung	78
1. Einleitungsvermerk	78
2. Abschluss der Ermittlungen	78
3. Fertigung der Anklageschrift in Reinschrift	78
4. Entwurf und Überstück der Anklageschrift	78
5. Fotokopie des Bundeszentralregistrauszugs zu den Handakten	79
6. Mitteilungen nach der MiStra	79
7. „U.m.A.“	79
8. Zusätzliche Anträge	79
9. Wiedervorlagefrist	79
II. Muster einer Begleitverfügung	80
1. Typische Begleitverfügung	80
2. Begleitverfügung mit (Teil-)Einstellung	80
a) Begleitverfügung in Norddeutschland	81
b) Entschließung der Staatsanwaltschaft in Bayern	82

c) Entschließung der Staatsanwaltschaft in Baden-Württemberg	83
2. Abschnitt: Die Anklageschrift	83
A. Funktionen und verfahrensrechtliche Bedeutung der Anklageschrift	83
B. Form und Inhalt	84
I. Anklagesatz	84
1. Kopf der Anklageschrift	85
2. Adressat der Anklage	85
3. Überschrift mit der Bezeichnung „Anklageschrift“	85
4. „Rubrum“	85
a) Angaben zur Person	86
b) Angaben zur Haft oder Unterbringung	87
c) Benennung des Verteidigers	88
5. Eingangsformel „wird/werden angeklagt“	88
6. Bezeichnung der Tat	88
a) Tatzeit und Tatort	88
b) Deliktsübergreifende Angaben	89
aa) Reifegrad jedes Angeschuldigten	89
bb) Täterschaftsformen und wechselnde Tatbeteiligung	90
c) Sonderfälle Tatsachenalternativität, Postpendenz, Wahlfeststellung	91
d) Konkurrenzen	92
7. Gesetzliche Merkmale der Tat	93
a) Nur die zur Last gelegten Tatbestandsmerkmale	93
b) Die einschlägigen Bestimmungen des Allgemeinen Teils	94
aa) Versuch, § 22 StGB	94
bb) Anstiftung und Beihilfe, §§ 26, 27 StGB	94
cc) Unterlassen, § 13	95
dd) Qualifikationen und Privilegierungen	95
ee) Vorsatz und Fahrlässigkeit	95
ff) Ungeschriebene Tatbestandsmerkmale und allgemeine Deliktsmerkmale	96
gg) Anschlussdelikte und Vollrausch	96
hh) Rechtsfolgennormen	97
8. Die Konkretisierung	99
a) Diebstahl im Zustand der verminderten Schuldfähigkeit, §§ 242, 21 StGB	99

b) Vorsätzliche Trunkenheit im Verkehr § 316 StGB und Entziehung der Fahrerlaubnis, § 69 StGB	100
c) Mittäterschaft, § 25 Abs. 2 StGB, und mehrere gleichartige Straftaten	100
9. Angabe der verletzten Strafgesetze	100
10. Strafantrag und besonderes öffentliches Verfolgungsinteresse	102
II. Beweismittel	103
1. Angaben des Angeschuldigten, ggf. auch von Mitangeschuldigten	103
2. Zeugen	103
3. Sachverständige	104
4. Urkunden	104
5. Gegenstände richterlichen Augenscheins („Überführungsstücke“)	104
6. Beiakten	105
III. Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen	106
1. Zur Person	106
2. Zur Sache	107
IV. Der Antrag	109
V. Unterschrift	109
C. Besonderheiten der Anklageschrift in den Ländern Bayern und Baden-Württemberg.....	111
4. Teil: Endkontrolle	117
5. Teil: Besondere Aufgabenstellungen	122
1. Abschnitt: Der Strafbefehl	122
A. Die Prüfung im verfahrensrechtlichen Gutachten.....	122
I. Zulässigkeitsvoraussetzungen	122
1. Anwendung allgemeinen Strafrechts	122
2. Vergehen, die zur Zuständigkeit des Strafrichters, § 25 GVG, gehören	122
3. Rechtsfolgen des § 407 Abs. 2 StPO	122
4. Nichterforderlichkeit der Hauptverhandlung	123
II. Bestimmung der Rechtsfolge und Kostenentscheidung	123
III. Ergänzende Prüfungspunkte im verfahrensrechtlichen Gutachten	123
B. Die Entschließung der Staatsanwaltschaft bei einem Antrag auf Erlass eines Strafbefehls nach § 407 StPO	123
I. Die Abschlussverfügung	123
II. Form und Inhalt der Strafbefehls	125

2. Abschnitt: Der Antrag auf Erlass eines Haftbefehls	127
A. Das materielle Gutachten	127
I. Dringender Tatverdacht	127
II. Haftgründe	127
1. Flucht, § 112 Abs. 1 Ziffer 1 StPO	127
2. Fluchtgefahr, § 112 Abs. 2 Ziffer 2 StPO	128
3. Verdunkelungsgefahr, § 112 Abs. 2 Ziffer 3 StPO	128
4. Schwerekriminalität; § 112 Abs. 3 StPO	129
5. Wiederholungsgefahr, § 112 a StPO	129
III. Verhältnismäßigkeit, § 112 Abs. 1 S. 2 StPO	130
B. Das Verfahrensrechtliche Gutachten.....	130
C. Form und Inhalt des Antrages auf Erlass eines Haftbefehls	130
3. Abschnitt: Der Antrag auf Erlass eines Durchsuchungsbeschlusses,	
§ 102 StPO	133
A. Das materiell-rechtliche Gutachten.....	133
I. Anfangsverdacht für das Vorliegen einer Straftat	133
II. Auffindungsvermutung	133
III. Verhältnismäßigkeit	134
B. Das verfahrensrechtliche Gutachten.....	135
C. Inhalt und Form des Antrages auf Erlass eines Durchsuchungs-	
beschlusses	135
 Stichwortverzeichnis	 139